

Rückgang des deutschen Osteuropahandels.

Die Entwicklung des deutschen Handels mit den osteuropäischen Staaten ist alles andere als erfreulich. Nach der amtlichen deutschen Statistik hat der Gesamtumfang Deutschlands mit den Oststaaten im Vergleich mit Polen und Danzig, Finnland, Estland, Lettland und Litauen im ersten Viertel des laufenden Jahres 1936 497 Ko. im Werte von 122,94 Mill. RM. betragen. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1935 bedeutet das zwar eine mengenmäßige Steigerung des Warenumfanges um etwa 180.000 Ko., aber eine erhebliche Abnahme des Wertes (nämlich um nicht weniger als 41,9 v. H.). Seinen bisherigen Höhepunkt hat der deutsche Osteuropahandel im 1. Viertel 1928 mit 570,9 Mill. RM. erreicht; im 1. Viertel 1930 hat er noch 508,8 Mill. RM. betragen. Seitdem aber ging er sprunghaft zurück: Er betrug im 1. Viertel 1932 noch 332,9 Mill. RM., 1933 noch 211,8 Mill. RM., um im 1. Viertel d. J. wie erwähnt auf 122,9 Mill. RM., also auf ein knappes Viertel des Standes von 1930 zu sinken.

Dieser Rückgang des deutschen Handels mit den erwähnten Oststaaten wird ausschließlich durch eine äußerst scharfe Wertminderung der deutschen Ausfuhr verurteilt. Die Ausfuhr, die im 1. Viertel 1928 mit 517 Mill. RM. ihren Höchstwert erreicht hatte, betrug in der entsprechenden Zeit des Vorjahres nur noch 138,6 Mill. RM., und schmolz im laufenden Jahre auf 49,2 Mill. RM., also auf ein Viertel des Standes von 1928, zusammen. Die nachstehende Übersicht gewährt einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Einfuhr (E) aus den osteuropäischen Ländern und der deutschen Ausfuhr (A) dorthin während des 1. Quartals der letzten fünf Jahre, also seit Beginn der Krise (in Mill. RM.):

	A 1930	1931	1932	1933	1934	E 1930	1931	1932	1933	1934
Gesamt-										
Land	126,9	73,4	63,8	40,4	38,7	99,1	129,3	151,4	89,0	21,0
Polen . . .	82,3	32,6	16,2	13,7	16,2	62,1	38,4	18,2	14,5	7,5
Finnland . .	16,4	10,2	6,3	6,8	4,4	30,9	23,0	9,7	7,9	7,5
Danzig . . .	4,2	4,7	4,3	4,1	3,8	17,0	10,9	6,2	16,2	3,1
Danzig . . .	16,0	9,7	5,0	4,5	4,9	13,1	11,9	5,8	5,1	3,8
Letland . . .	11,2	7,6	5,9	3,0	4,1	16,6	12,3	4,2	4,2	4,7
Estland . . .	4,2	3,1	2,5	0,8	1,4	7,8	4,8	2,7	1,7	1,6
Osteuropa	262,0	141,3	104,0	73,3	73,8	246,6	230,6	228,2	138,6	49,2

Die deutsche Ausfuhr nach Polen, Finnland, Lettland und Estland ist bereits seit 1928 im Rückgang begriffen. Die Ausfuhr nach Litauen geht für 1930 und diejenige nach Sowjetrußland seit 1932 ständig zurück. Die schwersten Einbußen hat man in den letzten Jahren die deutsche Ausfuhr nach Sowjetrußland, dem Hauptabnehmer deutscher Waren unter den osteuropäischen Ländern, erlitten. Im ersten Viertel 1932 gingen fast vier Fünftel der deutschen Osteuropaausfuhr dorthin. Gegenüber dem ersten Viertel des vorigen Jahres ist im laufenden Jahre die Ausfuhr nach Sowjetrußland um 64 v. H., nach Polen um 48,3 v. H., nach Danzig um 80,9 v. H., nach Finnland um 51 v. H., nach Litauen um 25,5 v. H. und nach Estland um 5,9 v. H. gesunken. Dagegen hat Lettland für eine Steigerung der Ausfuhr um 11,9 v. H. zu verzeichnen.

Während die deutsche Ausfuhr gegenüber dem Vorjahre auf fast ein Drittel zurückgegangen ist, ist die deutsche Einfuhr aus Osteuropa um ein wenig gestiegen (von 73,5 auf 73,8 Mill. RM.). Zurückgegangen ist die Einfuhr aus Sowjetrußland, Finnland und Danzig, zugenommen dagegen hat die Einfuhr aus Polen, Litauen, Lettland und Estland. Sowjetrußland ist an der osteuropäischen Einfuhr Deutschlands mit mehr als der Hälfte, Polen mit etwa einem Viertel beteiligt. Die Zunahme der Einfuhr bei gleichzeitiger starkem Rückgang der Ausfuhr hat sehr wesentlich zur Verschärfung der Handelsbilanz beigetragen. Im Jahre 1924—1933 war die deutsche Handelsbilanz mit Osteuropa, außer in den Jahren 1927 und 1930, ständig aktiv. Im 1. Viertel der vergangenen Jahres übertraf die deutsche Ausfuhr nach Osteuropa ganz erheblich die Einfuhr von dort. Im ersten Viertel des laufenden Jahres dagegen ergibt sich für Deutschland ein Passivum von 24,6 Mill. RM. Daffo war in diesem Zeitraum die deutsche Handelsbilanz mit Sowjetrußland (um 17,5 Mill. RM.), mit Polen (um 6,69 Mill. RM.), mit Danzig (um 0,71 Mill. RM.), mit Litauen (um 1,14 Mill. RM.) und mit Estland (um 0,13 Mill. RM.). Übrig war sie lediglich mit Finnland (um 3,08 Mill. RM.) und mit Lettland (um 0,66 Mill. RM.).

Die handelspolitische Bedeutung Osteuropas hat sich für Deutschland während der letzten Jahre ganz erheblich vermindert. Die erwähnten Länder waren an der deutschen Gesamtausfuhr (jeweils im 1. Viertel) 1932 mit 14,2 v. H., 1933 mit 11,6 v. H. und 1934 nur noch mit 4,5 v. H. beteiligt. Weniger schmerzhaft ist die Verringerung des Anteils dieser Länder an der Gesamteinfuhr Deutschlands; dieser Anteil hat (jeweils im 1. Viertel) 1932 8,4 v. H., 1933 6,8 v. H. und 1934 6,4 v. H. betragen. In allererster Linie geht der Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Osteuropa auf die ganz geringe Aufnahme von Rohstoffen und Rohmaterialien betriebl. Gütern zurück. Das allem hat die Sowjetunion nach Durchführung des ersten Industrieförderungsplanes ihre Gruppenlieferungsaufräge nicht mehr erneuert. In die geringeren

Aufträge mußte Deutschland sich in zunehmendem Maße mit anderen industriellen Exportländern teilen, die nach der Revision ihres politischen Verhältnisses zu Moskau gleichfalls danach strebten, von den wirtschaftlichen Maßnahmen des Sowjetreiches zu profitieren. Zwei einzigen Ländern, so bei Polen, wirkte sich der Rückgang des Exports nicht so sehr zu einem geringen Grade fühlend auf die deutsche Ausfuhr aus. Darüber hinaus machte sich bei Polen und den drei kleineren Randstaaten in zunehmendem Maße die Tendenz bemerkbar, ihren Warenbedarf nicht mehr so sehr in Deutschland als in England zu decken.

England hat im Laufe der letzten Jahre eine steigende handelspolitische Aktivität im Osteuropaeum entfaltet und sich zu einem von den dortigen Staaten bevorzugten Konkurrenten Deutschlands entwickelt. Träger der politischen Abneigung der frogischen Staaten gegen Deutschland kommt dem englischen Handel hierbei vor allem zwei Momente zu Hilfe: Die Abwertung des Pfundes, die dem englischen Export einen Vorsprung vor den am Goldstandard festhaltenden Ländern verleiht, hat und hat den Glauben, daß England für Polen und die baltischen Randländer als der hauptsächlichste Abnehmer agrarischer Erzeugnisse an die Stelle Deutschlands getreten ist. Seit 1931 führt England im politischen Export vor Deutschland in erster Linie Getreide, während die englische Einfuhr nach Polen im Steigen, während die deutsche im Sinken begriffen ist. In London ist gegenwärtig ernstlich bemüht, seine Stellung auf dem polnischen Markt zu verbessern und durch einen Handelsvertrag der deutschen Konkurrenz vorzuzukommen. In Bezug auf Litauen ergibt sich dasselbe Bild: England ist der beste Kunde dieses kleinen Agrarlandes, und Deutschland wird zusehends von litauischen Märkten verdrängt. Die Verhängung des politischen Gegenpartes zwischen Berlin und Kauen in Bezug des Litauenkonflikts trägt wesentlich dazu bei, die Entwicklung zu beschleunigen. Die englische Wirtschaftspolitik verleiht es, sich die deutschfeindliche Stimmung der litauischen Machthaber zunutze zu machen. Das kommt in dem am 6. Juli d. J. abgeschlossenen englisch-litauischen Handelsvertrag sehr deutlich zum Ausdruck, insbesondere in folgenden Bestimmungen des Vertrages, der auf dem Grundriss der Mostagüinigung aufgebaut ist: Litauen verpflichtet sich, seinen Einkauf in England zu erhöhen; es verpflichtet sich, die Benutzung der englischen Schifffahrt für den Transportverkehr zwischen Litauen und Litauen zu erweitern; es verpflichtet sich, für die Einfuhr von Heringskonserven Beschränkungen einzuführen, die England in seiner Heringszufuhr keine schwereren Konkurrenzbedingungen aufzuerlegen; es verpflichtet sich, in den dem Inkrafttreten des Vertrages folgenden 12 Monaten mindestens 80 v. H. seiner Kohleneinfuhr, mindestens aber 178.000 Tonnen Kohle und mindestens 50 v. H. seiner Rosteneinfuhr aus England zu beziehen.

Was Estland betrifft, so hat dieser Staat in letzter Zeit sowohl mit Deutschland wie mit England Wirtschaftskombinen geschlossen. In dem am 19. April d. J. zum Abschluß gebrachten Abkommen mit England sind diesem recht weitgehende Einfuhrerleichterungen eingeräumt worden, die den allgemeinen Eindruck einer britisch-estnischen Handelsseparatistenpolitik in Europa bestätigen, zumal das Abkommen keine konkreten Gegenleistungen Englands an Estland enthält. Deutschland hat bis zum Jahre 1932 in der Einfuhr Estlands weitaus an erster Stelle gestanden; 1933 aber machte sich schon ein starkes Aufrücken Englands bemerkbar; Deutschland war mit 22,5 v. H., England bereits mit 18 v. H. an der estnischen Einfuhr beteiligt; die deutsche Einfuhr ging 1933 auf 8,8 v. H. gegen 11,8 Mill. Ekr. im Jahre 1932, d. h. um etwa ein Viertel zurück; dagegen die Einfuhr Englands, nämlich die britische Kolonien) in der gleichen Zeit um fast 30 v. H. auf 8,9 Ekr., war also zehn größer als die deutsche Einfuhr nach Estland. Auch bei Finnland, bei dem politische Momente, wie sie sonst vielfach für eine Bevorzugung Englands vor Deutschland mit maßgebend sind, wegfallen, ist die Bedeutung Deutschlands als Handelspartner gesunken. Der früher sehr beträchtliche Ausfuhrüberschuß des Reiches im Warenverkehr mit Finnland ist im Laufe der letzten Jahre fast vollständig verschwunden. 1928 hat die deutsche Ausfuhrüberschuß 92,2 Mill. RM. betragen, 1933 nur noch 7,1 Mill. Reichsmark. Deutschlands Anteil an der finnländischen Einfuhr ist seit 1929 von 38,3 v. H. auf 27,6 v. H. im Jahre 1933 zurückgegangen. Dagegen ist England auch hier im Vordringen begriffen. Die deutsch-englischen Wettbewerbsverhältnisse weisen in den osteuropäischen Staaten also durchweg eine für England günstige Tendenz auf. In ganz Osteuropa ist England zur Zeit auf dem besten Wege, die wirtschaftliche Konkurrenz der britischen Handelspolitik entgegenzusetzen zu machen. Die stets wiederkehrende Behauptung der deutschfeindlich gesinnten Presse der osteuropäischen Länder, daß Osteuropa von der deutschen Expansion bedroht sei, trifft also wirtschaftlich ebensowenig zu, wie sie politisch zutrifft. Im Gegenteil: Deutschland wird alle Anstrengungen machen müssen, um seinen alten Platz im Handel mit den osteuropäischen Ländern zurückzugewinnen.

Begeht die bayerische Diktatur nicht!

Krumme Wege.

Umsatzbereich über Memel.

Vitauen hat im Memelgebiet eine neue Gewalttat vollzogen, der dazu dienen soll, die gesamte Zübrerschaft des Deutsch-tums in dem vom Reiche losgerissenen Gebiete lahmzulegen. Durch eine Änderung des „Gesetzes zum Schutze des Staates“ wird der Kriegskommandant des Memelgebietes ermächtigt, „Vereine, Gesellschaften und Verbände zu schließen und zu unterbinden, so lange durch ihre Tätigkeit Gefahr für die Staatssicherheit besteht.“ Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Kriegskommandant sofort drei deutsche Parteien geschlossen: die Sozialistische Volksgemeinschaft, die Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft und die Memelländische Landwirtschaftspartei. Von diesen Parteien sind die beiden erstere bereits seit Monaten verboten. Wenn ihre auf Grund der Schließung dieser Parteien deren Abgeordnete ihre Sitze im Landtag verlieren sollten, würde dessen Stärke auf 9 von 12 Abgeordnete zurückgeschrumpfen; er würde dann wohl beschlußunfähig sein. Vielleicht hat der Gouverneur den Landtag nur deshalb einberufen, um das festzustellen. Vielleicht will er aber — nach Ausschlag der deutschen Abgeordneten — dem Direktorium Neissys von der „Mehrheit“ des Reichstages das „Vertrauen“ ausprechen lassen.

Mit der Schließung der Parteien allein aber hat es nicht sein Bewenden. Durch die Abänderung des sog. „Staatshofgesetzes“ wird weiter bestimmt, daß Personen, die den betreffenden Vereinen, Gesellschaften und Verbänden angehört haben und nicht mindestens sechs Monate vor der Schließung der Unterbindung der Tätigkeit ausgeschieden sind, die gleiche Dauer der Unterbindung des Rechts verlieren, zu wählen oder gewählt zu werden und zwar: in den litauischen Sejm, in den memelländischen Landtag, in die örtlichen Selbstverwaltungsorgane, in die Handels-, Handwerks- und die sonstigen wirtschaftlichen und beruflichen Selbstverwaltungsorgane. Weiter wird bestimmt, daß die Mitglieder aller dieser Organe, die den geschlossenen oder in ihrer Tätigkeit unterbundenen Vereinen, Gesellschaften und Verbänden angehört haben oder nicht mindestens sechs Monate vor der Schließung ausgeschieden sind, das Recht verlieren, Mitglieder dieser Organe zu sein.

Was bedeutet das? Dieser Schlag ist, wenn er durchgeführt wird, für die memelländische Selbstverwaltung ein schlagartig vernichtend. Denn sämtliche aktiven im politischen, wirtschaftlichen und berufstätigen Leben lebenden Deutschen und Deutschgesinnten des Memelgebietes werden für die Dauer des Kriegszustandes, d. h. praktisch für unbegrenzte Zeit, von jeder führenden Betätigung in den politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Institutionen und Verbänden ausgeschlossen. Den Deutschen und Deutschgesinnten des Gebietes wird jede Betätigung über Belange aller Art im Landtag, in Städtewerksratverordnungen, in Gewerkschaften, in Parteien, wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganen, berufstätigen Organisationen und dergleichen genommen. Das aktive und passive Wahlrecht zu all diesen Einrichtungen werden in Zukunft nur noch diejenigen haben, die ihnen bisher nicht angehört oder nur mindestens fünf in ihnen nicht im deutschen Sinne betätigt haben. Damit erhalten die litauischen geistigen und national zweideutigen Elemente das Monopol in der Befugnis aller führenden politischen, wirtschaftlichen und Organisations- und beruflichen Angelegenheiten. Die deutschen unter dieser Verbindung der Memelländischen Landtag neuemacht werden sollte, praktisch unmöglich sein, deutsche Parteien in den Wahlkampf zu stellen und deutsche Abgeordnete in dieses Hauptorgan der memelländischen Selbstverwaltung zu entsenden. An einem fast rein deutschen Gebiet folgen in Zukunft also alle deutschen Kräfte von jeder Mitwirkung am öffentlichen Leben völlig ausgeschlossen sein. Die Verbände im Memelband treiben einer Katastrophe entgegen. Die Frage ist nur noch: Wird das Opfer dieser Katastrophe das Deutschtum des Memelandes oder — Vitauen sein?

„Kulturträger.“

Was sind das für Typen, die heute in dem verzerrt-gewaltigen deutschen Land von landfremden Gewaltgebern dazu ausersehen sind, die führende Rolle zu spielen? Da ist z. B. der vom Gouverneur Katakas zum Nachfolger des abgetriebenen deutschen Oberbürgermeisters von Memel, Dr. Windlinger, bestimmte Simoitis. Er ist der Hauptwortführer und eigentliche Regent der Vitauer im Memelgebiet. Er war früher Obrat in Memel. Infolge seines leichtsinnigen Lebenswandels war er binnen kürzester Zeit vollkommen unbrauchbar für die Memel. Infolge seiner Leichtsinns- und Ungebundenheit erhielt, um für die Strafsache abzuwehren, hatte er eines plötzlich „vergessen“ und das Geld veruntreut und in ungeschickter Strauengefährdung verurteilt. Er vertraut sich im Memelband eines so zweideutigen Rufes, doch selbst die Vitauer in einer Verammlung der lässlichen Vertrauensleute der litauischen Agrarorganisationen ihm ihr Vertrauen auszusprechen. Der auf seine Veranlassung neuernannte Stadtwahlrat Simoitis genießt ebenfalls nicht den besten Ruf. Der neuernannte Direktor des litauischen Gymnasiums, Dr. C. u-

ka nas, wird schwerer fittlicher Verleumdungen beschuldigt, wegen denen er einst sein Amt als katholischer Geistlicher aufgeben mußte. Der von Katakas zum Landespräsidenten ernannte Reissys ist wiederholt auch von Vitauern beschuldigt worden, sein Amt dazu mißbraucht zu haben, politische Freunde auch dann zu schützen, wenn sie Unterdrückungen oder ähnliche Defizite begangen hätten. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Aber diese Auslese duftender Korruptionsübungen genügt wohl schon, um zu zeigen, welcher Art das Regime ist, das sich heute in Litauen und getragen vom Wohlwollen des Gouverneurs und des Kriegskommandanten das Recht anmaßt, seine Kräfte über einen verbleibenden Land zu schmeißen.

Der Baltienblock.

Die litauische Regierung hat wohl gedacht, mit ihrer Baltienblockpläne schneller zum Ziele zu kommen. Die offizielle „Lituanos Aidas“ meinte vor kurzem, daß die gesammteuropäisch in Europa vorherrschenden Weltregierungen, befreundete Staatsgruppen durch Bündnisse fester aneinanderzuschließen, die zwingende Notwendigkeit eines baltischen Staatenbundes bemerken. Die drei baltischen Staaten seien aus geographischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen wie „jameiße Smilingen“ miteinander verflochten. Aber der Gang der Konferenz der drei baltischen Staaten, die vom 7. bis 9. Juli in Kaun stattfand, hat doch gezeigt, daß es mit der zwingendsten Zusammengehörigkeit dieser Staaten vorerst noch nicht bestellt ist. Die litauische Regierung hat wenig Anlaß, mit dem Ergebnis der Konferenz, von der sie sich einen Ausweg aus ihrer außenpolitischen Vereinsamung erhofft hatte, zufrieden zu sein. Nach einer halbseitigen Mitteilung ist man zu einer „Übereinkunft“ über das Prinzip und die Modalitäten einer Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen von allgemeiner Bedeutung gelangt; die Prüfung der speziellen Probleme soll den Gegenstand einer späteren Zusammenkunft bilden. Nun sind aber gerade diese „speziellen Probleme“ in der Angelegenheit des baltischen Staatenbundes die entscheidenden Fragen, an denen der Plan eines solchen Bundes bisher stets scheitert ist und die offenbar dieses Ziel keine zureichende Erzielung erlauben. Von solchen speziellen „Problemen“ ist vor allem die Vitauen beunruhigt. Litauen und Lettland haben gar keine Verlangen danach, durch ein Bündnisverhältnis mit Vitauen in die Auseinandersetzung über diese beiden territorialen Streitfragen hineingezogen zu werden. Für sie kommt ein baltischer Dreieck erst dann ernstlich in Frage, wenn Vitauen nachweisen kann, daß diese Streifläche mit Polen und Deutschland in dauerhafter Form beigestimmt. Die Hoffnung der litauischen Regierung, auf der Kauner Konferenz einen entscheidenden Schritt vorwärtszukommen, mußte also von vornherein vergeblich erscheinen, zumal Litauen und Neval erst vor kurzem in Verhandlungen eingetreten sind, die in der baltischen Frage mit Österreich einig. Dieses aber hat niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es einen allzu engen Zusammenhluß der baltischen Staaten nicht wünscht, sondern Wert darauf legt, es bei der notwendigen Auseinandersetzung mit Vitauen allein zu tun zu haben.

Was Litauen und Lettland angeht, so hat es allenfalls Sinn, von „jameißen Smilingen“ zu sprechen, obwohl auch hier trotz jahrelanger Bemühungen und oft wiederholter „Anläufe“ von einem Bündnis noch lange keine Rede sein kann. Die beiden Staaten vereinigen sich nicht mit Polen oder Lettland abseits der baltischen Frage, die Verbindungen sindurch verordnete Schicksale durchgenährt haben und in ihrer deutsch- und protestantisch begründeten Volkssouveränität eine gemeinsame Völkergemeinschaft besitzen. Aber Vitauen hat gegenüber den beiden anderen baltischen Randländern stets seine eigene Selbstliebe gehabt — von der Ordenszeit an bis auf der heutigen Tage. Der Vertriebenheit sind so viele, daß die Ähnlichkeit der geographischen Lage nicht ohne weiteres ausreicht, um sie in den Hintergrund treten zu lassen. Und selbst die Ähnlichkeit der geographischen Lage ist nur eine bedingte. Litauen und Lettland müssen zu Konkurrenz nachbargemeinschaft in einem anderen Verhältnis stehen als Vitauen, das mit diesem keine gemeinsame Grenze besitzt.

Die praktische Ergebnislosigkeit der Kauner Weltkonferenz hat Somertraubland zu neuer Initiative in der baltischen Frage veranlaßt. Lituanos, der sich seit Monaten als „Protector“ eines baltischen Dreieckes anpreist, hat jedoch den estländischen Außenminister Seljama wie den Außenminister Vitauens, Dorojatis, für Ende Juli bzw. Anfang August nach Moskau eingeladen. Der russische Außenminister wird bei diesen Vorfahrungen voraussichtlich den Versuch machen, die Gegenläufe, die zwischen Litauen und Neval auf der einen und Kaun auf der anderen Seite bestehen, zu überbrücken und die baltischen „Bündler“ von den Bezugsquellen der Erziehung der Balkanpaktes in den Baltischen Ostseeprojekt zu überzeugen. Somertraubland tritt hier erneut in eigener Sache und als Wortführer Frankreichs als Gegenspieler der polnischen Randstaatenpolitik auf. Oberv Dork wird, wenn er Ende Juli nach Neval fährt, einige Miße haben, dort den gegenwärtig wieder steigenden Einfluß Moskaus zu überbrücken, weil es der polnischen Politik zur Zeit auch nicht leicht fällt, in Kaun das nur kurzem durch den Prygorbelski geseckte Interesse an einem polnisch-litauischen Handelskongress nach zu erhalten.

Die Sorge um den „kleinen Mann“.

Das Agrarprogramm der Regierung Kozłowski.

Die Regierung Kozłowski lebt in der Forderung und Hebung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe seine hauptsächlichste Aufgabe. Der Krakauer „Więź" (Nr. 102), der der Regierung nahe steht, weiß über die Pläne der Regierung bedeutsame Einzelheiten mitzuteilen. Danach geht die Regierung von der Erkenntnis aus, daß der bisherige Agrarfuß, der in Schulnoten, Gesetzgebungsmaßnahmen, Ausflüssen u. dgl. bestanden hat, hauptsächlich dem größeren landwirtschaftlichen Besitz zugute gekommen ist, während der kleinere Besitz wenig oder gar keinen Nutzen von dieser Maßnahme gehabt hat. Es sind im wesentlichen drei unzulässige Aktionen geplant. Zunächst soll eine großräumige Entschuldigungsaktion durchgeführt werden. Deren Zutueifer sollen jedoch nicht die bankrotten Großgrundbesitzer sein, deren in ausländischen Banken liegendes Vermögen durch den Dollar- und Pfundkurs in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Vielmehr soll die Aktion der Rettung des kleinen Grundbesitzes dienen. Die Regierung beschließt, dem Krakauer Blatt zufolge, zunächst bei den landwirtschaftlichen Betrieben unter 50 Hektar — ohne Rücksicht auf die Höhe der Verschuldung — zunächst die Schuldlamme aus dem Zinsfuß in die Wege zu weisen. Erst in zweiter Linie sollen die Betriebe von 50 bis 1000 Hektar berücksichtigt werden; bei dieser Kategorie soll die Höhe der Verschuldung mit in Betracht gezogen werden in der Weise, daß Betriebe dieser Größenklasse, die je über 50 v. H. ihres Schätzwertes verschuldet sind, ihrem Schicksal überlassen bleiben und gegebenenfalls der Parteilierung zugewiesen werden sollen. Zur Kategorie von über 1000 Hektar gehören kleineren Entschuldigungsmaßnahmen in Aussicht genommen zu werden. Eine zweite Gruppe von agrarischen Hilfsmitteln soll sich auf die Hebung der Zuchtwirtschaften beziehen. Die Regierung will hier durch geeignete Maßnahmen auf eine Erhöhung der Preise für Zuchtserprodukte hinwirken. Sie scheint insbesondere daran zu denken, die normal hohen Gewinne des Milchhandels, der die Preise für Eier, Butter, Milch, Schmalz usw. auf dem Wege zum ländlichen Erzeuger zum höchsten Verbraucher zum einen ein Vielfaches erhöht, zu beschränken. Da dieser schmerzliche Milchhandel fast ausschließlich in jüdischen Händen liegt, wird dieser Teil des Agrarprogramms der polnischen Regierung als „antisemitische" Maßnahme wohl auf den härtesten Widerstand der „brodrenten" Jüdenhaft stoßen. Schließlich liegt aber eines der Kernprobleme der polnischen Agrarpolitik, ohne dessen Lösung keine dauernde Befriedung der polnischen Landwirtschaft erreicht werden kann. Den dritten Hauptteil des Agrarprogramms bildet die Parteilierung der „Parteilierungs" Güter, die übermäßig verschuldet sind, sollen vollständig aufgelöst werden, gleichgültig ob ihre Verschuldung in russländischen Verpflichtungen dem Staat gegenüber (Steuern usw.) besteht, oder ob sie aus Verpflichtungen den Staatsbanken oder anderen Institutionen gegenüber, die staatliche Kreditmittel in Anspruch nehmen, herrührt.

Die Arbeit, dem Kleinbauern — und ebenso dem Arbeiter — zu helfen, ist da. Ob und wie sie verwirklicht werden wird, das ist freilich eine andere Frage. Die Widerstände gegen eine solche Wendung nach „links" sind im Regierungskreis durchaus noch nicht überwunden. Und es ist durchaus noch nicht sicher, ob es den jetzt in den Hintergrund getriebenen Reformern nicht doch wieder gelingen wird, sich um ihre Interessen innerhalb der Regierung wieder stärker zur Geltung zu bringen. Die Regierung ist offensichtlich von dem Wunsch befreit, sich in der Bauern- und Arbeiterschaft eine breitere Basis zu schaffen; sie will die Masse des Volkes, die bisher teilnahmslos und mißtrauisch dem Staate gegenüber gehalten hat, für sich gewinnen und für den Staat interessieren. Es wird nicht leicht sein, diesen Anstoß zu finden. Denn vorerst läßt die Regierung bei denen, die sie in Zukunft in Betracht zu berücksichtigen und sich für sie zusammenzubringen hofft, im Verdacht, dies nur aus leichtfertigen Gründen zu tun. Dieses Mißtrauen von Menschen, die allzu lange in ihren Rechten vernachlässigt worden sind, läßt sich nur durch praktische Handeln und erst im Laufe einer längeren Zeit überwinden. Von Mißtrauen gegen die Regierung ist auch der größte Teil der politisch aktiven polnischen Jugend erfüllt, selbst die Teile der Jugend, die zum Regierungskreis gehören. Will sie Bauerntum, Arbeiterleben und Jugend an sich heranziehen, dann muß die Regierung in dem, was sie sich jetzt zu unbedingtem Zwecke überlassen, die Rückgewinnung der versprochenen Hoffnungen hinter sich abbrechen und den Weg der sozialen Revolutionierung beschreiten.

West-Offizien.

In Polen ist man davon überzeugt, daß es auch bei besserer Konjunktur nicht möglich sein wird, die gesamte Arbeiterschaft in Ost- und Westpolen in den Dienst zu stellen. Es ist wieder in Brot und Arbeit zu bringen. Man beschließt sich daher schon seit Jahren mit dem Gedanken, der Überverkennung dieses Industriegebietes durch Umwidlung der zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilten Menschen in die dünn besiedelten Gebiete des Staates zu steuern. Will dieser Frage hat sich vor einiger Zeit z. B. auch einmal die „Gazeta Polska" beschäftigt. Sie schreibt u. a.: Wäh-

rend in Ostpolen leben auf einen Geviertkilometer 316, im Kreis Schwidnits, die größte industrielle Pflanze aufweist, sogar 2500 Menschen, während in dem im übrigen Polen mit 60 bis 72 Einwohner auf dieselbe Fläche. Die fortgeschrittenen Maschinen- und Rationalisierung der Industrie haben dazu geführt, daß der flüchtige Arbeitslosigkeit der einzelnen Arbeiter im Vergleich zu 1913 durchschneidend auf das einundhalbfache gestiegen, der Bedarf an Arbeitskräften bei gleicher Produktion also um ein Drittel geringer ist. (Daß die Arbeitslosigkeit durch den aus politischen Gründen geförderten Mangel an polnischen Elementen aus Kongress- und Galizien-Polen noch erheblich verschärft worden ist, vermag die „Gazeta Polska" wenig zu erörtern.) In Bezug auf die Kohle, daß durch eine rein polnische baltische Handelspolitik der innerpolnische Markt für oberpolnische Bergbau- und Industrieerzeugnisse gründlich und ohne Not verengt worden ist.) Weiter äußert sich das Blatt über die geringen landwirtschaftlichen Siedlungsmöglichkeiten, die für in der Industrie überflüssige Arbeitskräfte in Oberpolen selber vorhanden sind. Es könnte bei härterer Heranziehung des Großgrundbesitzes in Oberpolen, meint die „Gazeta Polska", Land für höchstens 100000 Menschen gewonnen werden. Die Ausbreitung der Bevölkerung, so heißt der Artikel, werde im Westen durch die deutsche Grenze gebremst. Eine An siedlung größerer oberpolnischer Bevölkerungsteile in den weiten, dünn besiedelten Gebieten Ostpolens sei daher mehr denn je zu erlangen.

Ein erster Versuch mit der gruppenweisen Umwidlung aus den überverkörnten Südmittelgebieten nach dem Osten ist kürzlich erfolgt. Die Offiziere stammen allerdings nicht aus Ostpolen, sondern aus dem benachbarten kongresspolnischen Industriegebiet von Dombrowa, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, wie in dem ehemals preussischen Vandalen. Aus Dombrowa wurden vor einigen Wochen 25 arbeitslose Handwerker in die Gegend von Lidia im Wilna-gebiet als Siedler geschickt. Man stellte ihnen Land und Baumaterial zur Verfügung und überließ es ihnen, sich ihre Häuser selbst zu bauen. Die Kaufbeträge dafür sollen langfristig abgezahlt werden. Die Leute sollen mit ihrer neuen Heimat zufrieden sein und bereits die Kaufschilling ihrer Familien verlangt haben. Es haben sich auch bereits einige Datsch und weitere Kandidaten für diese Umsiedlung gemeldet. Die Ausscheidung hier ist rechtig zu kritisieren, die spruchseligkeit in allen Bedürfnissen der Kultur und Zivilisation. Die Bevölkerung des Dombrowa Gebietes hat in dieser Hinsicht seit russischen Zeiten her noch auf einer recht tiefen Stufe gestanden, so daß diesen Leuten, die noch dazu seit Jahren als Arbeitslose bei minimalen Unterhaltungen ein notw. Lebensdasein geführt haben, der Entschluß, nach Ostpolen zu gehen, kaum schwer fallen dürfte. Aber schließlich sind aber unter ganz anderen Verhältnissen aufgewachsen, ihnen wird es weit leichter fallen, sich in die äußerst primitiven Verhältnisse Ostpolens einzufügen.

Die Junaken.

Polen hat in diesem Jahre zum erstenmal in größerem Umfang Versuche an dem Gebiete des freiwilligen Arbeitsdienstes gemacht. Dabei hat es sich die Erfahrungen des Deutschen Arbeitsdienstes, den es früher selbst als verkappte Aufzuchtungsmaßnahme des Reiches zu bestehen pflegte, zunutze gemacht. Die Errichtung von Arbeitslagern liegt in Polen in der Hand eines seit dem Herbst letzten Jahres dem Ministerium für Sozialfürsorge eingerichteten „Gesellschaft für Fürsorge für die unbeschäftigte Jugend". Diese Gesellschaft hat im vergangenen Winter und Frühjahr über 250 Arbeitsdienststrukturen ausgebaut und zugleich eine Stammgemeinschaft von 1200 Junaken — so heißen die Arbeitsdienstlichen in Polen — gebildet. Auf diesem Stamm aufzubauen, sind dann bisher in sieben Lande die größten Junaken- und 1000 Arbeitsdienstlagern errichtet worden die etwa 12000 Junaken belegen. Auf Ostpolenfeldern entfallen hierunter etwa 3000. Sinterniert werden die Pagen durch den Staat aus verschiedenen Fonds. Die Dienstlichen stehen im Alter von 17 bis 21 Jahren. Sie erhalten neben freier Unterkunft und Verpflegung einen Tageslohn von 50 Groschen (= etwa 25 Pf.) und außerdem eine monatliche Zulage von 5 Groschen, die ihnen jedoch nicht bei ausgesetzt, sondern an einen Sparbuch der Staatlichen Postsparkasse aufgeschrieben wird. Sie werden in der Hauptphase der Dienstzeit (jährlichem) Arbeiten beschäftigt, größtenteils bei der Weidherzeugung sowie bei Meliorationsarbeiten und Strohbauten. Ein geringer Teil der Dienstlichen findet in Werkstätten Beschäftigung, mo Arbeitsgerät, Fußzeug und dergleichen, jedoch nur für den Eigenbedarf der Arbeitsdienstlager, nicht aber für den freien Markt hergestellt wird. Unter den Pagen befinden sich auch einige Mädchenlagern, in denen die Arbeiterlager hergestellt worden sind.

Mit einer weiteren, vielleicht beträchtlichen Verärgerung der Arbeitsdienstmannschaften ist erst im nächsten Jahre zu rechnen. Es scheint in Polen noch vielfach an der für die Durchführung eines umfassenden Arbeitsdienstes notwendigen disziplinierten Erziehung der Jugendlichen zu fehlen. In den Pagen herrscht ein kindliches Kommen und Gehen. Der Reiz des Neuen und die Not der Arbeitslosigkeit treiben viele dazu, sich zum Arbeitsdienst

Offland-Woche.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen.

Am 11. Juli sind die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Warschau wieder ausgenommen worden. Polnischerseits wird zwar mitgeteilt, daß man möglichst raschen Ausgang der Verhandlungen rechnet, man befürchtet jedoch, daß die harte Handhabung der Devisenregelung in Deutschland für eine Steigerung der polnischen Ausfuhr dorthin keinen allzu großen Raum lassen werde. Die deutsche Handelspolitik mit Polen ist stark passiv. Deutschland muß naturgemäß dahin streben, diese Passivität zu beseitigen. Solange Polen sich weigert, der deutschen Ausfuhr größere Absatzmöglichkeiten auf seinem Markt zu eröffnen, ist mit einer Vermehrung der polnischen Einfuhr nach Deutschland überhaupt zu rechnen. Die Möglichkeit einer erdölbunden deutschen Ausfuhr nach Polen ist zu diesem Automobilsatz gegeben. Zwei den nachgebenden Stellen in Warschau soll, wie es heißt, die Absicht bestehen, die jetzigen Prohibitivzölle für die Automobilsfuhr von Fall zu Fall auf Grund von Kompensationsabkommen zu ermäßigen. Neben Deutschland treten hier aber auch England und die Vereinigten Staaten als Anwärter auf. Mit allen drei Staaten wird polnischerseits zur Zeit über die Frage einer Ermäßigung der Automobilszölle verhandelt.

Nationaldemokratische Gedanken über die Hitler-Regierung.

Der „Kurjer Polnanski“ befaßte sich am 14. Juli mit den letzten Ereignissen in Deutschland. Der im übrigen durchaus unfrankfurter und von moralischer Eitelkeit triefende Artikel des nationaldemokratischen Blattes kommt zu folgendem Schluß: „Wenn das nationalsozialistische Regime gestürzt würde, so würde im Reich entgegen einer konföderation-moralischen Regierung folgen aber eine liberale Demokratie, die aber eine solche drei oder vier Jahre in der nationalen nach dem Wälten Moskauer. Ein Anderes ist nicht möglich. Im ersten Falle würde sich in Deutschland eine neue verstärkte Welle reaktionärer Propaganda und einen starken Druck in Richtung unserer westlichen Grenzen haben, mit der Aussicht eines jeden Eas möglichem bewaffneten Konflikts. Im zweiten Fall würde daselbst geschehen, wenn auch in einer etwas mehr etappenmäßigen, mehr streifenmäßigen Form, aber dafür würden in Deutschland wieder die reaktionären und liberalen Überwältigung gelangen, was die Lage der Juden in der Welt sehr verschärfen würde. Die endgültige Lösung der jüdischen Frage in Polen sehr erschweren würde. Im dritten Falle hätten wir im Zentrum Europas einen Herd der kommunistischen Pest, der auch für uns gefährlich sein würde, und überdies würde über Polen die Gefahr eines Bündnisses zwischen dem roten Berlin und dem roten Moskau hängen, eines Bündnisses, das sich gegen unser ganzes Gebiet und sogar direkt gegen unsere staatliche Existenz richten würde. Deshalb ist es besser, so am Standpunkt polnischer Staatsraison anrichtig auf die Schritte des Sturzes Hitlers zu sehen. In dieser Beziehung sind die Forderungen unserer Politik von denen des Weltfriedens völlig verschieden. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir uns der Illusion hingeben, das Hitler-Deutschland werde seine Gräueltaten auf unsere Westgebiete ausdehnen. Aber solche Gräueltaten werden sich auch in jedem anderen politischen System Deutschlands einstellen, nur mit dem Unterschied, daß dann noch weitere für uns schädliche Faktoren, auf die oben hingewiesen wurde, hinzukommen würden.“

Die „Meeresbalkika“.

Der nationaldemokratische „Kurjer Polnanski“ berichtet über den Bau einer repräsentativen Kirche in Gdingen am 8. Juli folgendes: „Die Silhouette Gdingens weist keine Kirchtürme auf, die jedes menschliche Zentrum kennlich machen. Und doch ist Gdingen eine Stadt im katholischen Polen. Es gibt in ihm Kirchen, die aber klein und unendlich sind. Wenn Gdingen das Symbol der Macht und der Größe Polens sein soll, so kann es sich nicht mit diesen kleinen Kirchen begnügen. Die Verleugung Gottes hat uns das Meer wiedergegeben, mit haben einen herrlichen Hofen gebaut und bei ihm entfiel eine Stadt. Für alles das müssen wir der Vorleugung dankbar sein, wir müssen diese Dankbarkeit vor der Welt zeigen. Als Zeichen dieser Dankbarkeit soll die Meeresbalkika entstehen, so der in diesen Tagen in Anwesenheit des Staatspräsidenten und des Meeresbischofs (H) von Pelplin der Grundstein gelegt wurde. Die Balkika wird auf dem Steinberg erbaut und ihre Ecken werden sich über die Höhe der Götter erheben. Die Balkika wird die Gesellschaft für den Bau der Meeresbalkika arbeitet bereits seit zwei Jahren in ganz Polen und hat bereits beträchtliche Summen zusammengebracht. In vier Jahren soll die Balkika fertig belaufen. Sie kann nur durch die Opferbereitschaft der polnischen Bevölkerung entstehen und muß ein Werk werden, welches eines großen Volkes würdig ist.“

Königsbütte (Schorow) mit polnischer Stadterverhaltung.

Am 1. Juni erfolgte die Eingemeindung der Gemeinden Schorow und Wodzislaw in die Königsbütte, wobei diese seinen alten deutschen Namen aufgeben und bei seiner kleinen Nachbargemeinde Schorow annehmen mußte. Der Zweck der Eingemeindung war vor allem die Verfestigung der deutschen Mehrheit im ehemaligen Königsbütter Stadt-

parlament. Mit dessen Auflösung im Gefolge der Eingemeindung ist nimmend auch die deutsche Mehrheit verschwunden. Das neue „Schorow“ hat eine kommissarische, vom Wojewodschaftsrat ernannte Stadterverordneterversammlung erhalten, die sich aus 15 Mitgliedern zusammensetzt. Darunter befinden sich nur drei Deutsche. Der Zweck: polnische Mehrheit, ist erreicht. Mit dem gefächelt vorgefährten Neuwahl ist unter diesen Umständen bei uns mit weiteren nicht zu rechnen. Aus einer Wahl werden trotz der Eingemeindungen zweifellos beträchtlich mehr als drei deutsche Stadterverordnete hervorgehen.

Belgien entläßt polnische Bergarbeiter.

Kürzlich wurden im läbbilgischen Kohlenrevier 400 polnische Bergarbeiter entlassen. Der polnische Konsul in Brüssel hat gleich bei der belgischen Regierung intercediert und es soll ihm zugestimmt worden sein, daß es sich bei diesen Entlassungen um einen Ausnahmefall handle und daß weitere Kündigungen polnischer Bergarbeiter in Belgien nicht beabsichtigt seien. Ähnliche Zustörungen sind auch dem polnischen Botschafter in Paris früher wiederholt von den französischen Amtsträgern gegeben worden; und es ist trotzdem eine Massenentlassung polnischer Arbeiter im nordfranzösischen Industriegebiet gekommen. Selgt Belgien jetzt diesem Beispiel Frankreichs?

2040 polnische Schulkinder in Deutschland.

Die „Polka Zbrojna“ beklagt sich in einem längeren Artikel wieder einmal über die geringe Entzückung des polnischen Schulwesens in Deutschland. Es gab in diesem Schuljahr im Deutschen Reich nur 12 öffentliche Elementarschulen mit polnischer Unterrichtssprache, die von 151 Kindern besucht wurden, sowie 15 deutsche Elementarschulen, in denen 211 Kinder polnische Sprachunterricht erhielten. Ferner gab es in Deutschland noch 60 polnische Privatschulen mit 1678 Schulkindern; und zwar habe sich die Zahl dieser Schulkinder, verglichen mit dem vorigen Jahr, um 214 verringert. Somit erhielten „nur 2000 von 150 000 Schulkindern, also nur 1,5 v. H.“ polnischen Sprachunterricht. Die Behauptung, daß es in Deutschland 130 000 polnische Kinder im schulpflichtigen Alter gäbe, ist das Ergebnis einer sehr gewagten Berechnung, die von einer falschen Voraussetzung ausgeht, von der Voraussetzung nämlich, daß in Deutschland über 1 Million Polen wohnen, die das mehr oder weniger starke Verlangen hätten, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken.

Ein Blatt der polnischen Unarbeiter in Deutschland.

Der Verband der polnischen Unarbeiter in Deutschland gibt seit Anfang Juli ein eigenes Organ heraus, den „Robotnik Polny“ („Der Unarbeiter“). Das Blatt erscheint monatlich und bezieht sich in einem Einführungsartikel als seine Aufgabe, „alle Nachrichten aus der Arbeiterbewegung zu veröffentlichen und die sozialen Rechte sowie die neuen, die Arbeiter betreffenden amtlichen Anordnungen zu behandeln“. Schriftleiter des Blattes ist Jan Komalki-Krakow; der Druck erfolgt bei der „Drukarnia Ludowa“ in Katowitz. Erscheinungsort ist Leipzig.

Vitaufzierung der Ramen.

Im vergangenen Jahre wurde in Vitauen eine Bestandsaufnahme der Personennamen vorgenommen. Sie erfolgte auf Veranlassung der Kommission zur Vitaufzierung von „Personennamen“ und auf Betreiben des Innenministeriums durch die Staats- und Selbstverwaltungsorgane. Es wurden etwa 200 000 Ramen gesammelt. Nunmehr sollen an Ort und Stelle die oft von einander abweichenden Formen der Aussprache, Betonung usw. festgestellt werden. Zu diesem Zwecke hat das Innenministerium eine Gruppe junger Sprachgelehrter in die Provinz entsandt, um mit Hilfe der Gemeindevorsteher die notwendige Zettelungsarbeit zu leisten. Bei dieser Zettelungsarbeit werden auch die Vitaufzierung Ortsnamen gesammelt. Danach sollen die „Personen- sowie die Ortsnamen in besondere Wörterbücher herausgegeben werden. Dabei sollen dann die Personennamen einmal so wie sie sind; polnisiert, judaisiert, russifiziert und germanisiert, und dann so, wie sie „richtig litauisch“ lauten müßten, aufgeführt werden. Es handelt sich hier also um eine systematische und umfassende Vorbereitung für eine allgemeine Vitaufzierung der Orts- und Personennamen Vitauens, wie sie ähnlich ja auch in Litauen durchgeführt wird.

Unverzüglich müssen Neubestellungen

auf unser Offland für August-September

ausgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sonabergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für zwei Monate beträgt 1,00 RM. (ohne Zustellungsgebühr)

Die Verletzung der litauischen Postoffiziere.

Wilm Wolkenaras-Putis hatte der Staatspräsident Smetona berichtet, daß die außerordentlichen Offiziere nicht vor ein Standgericht kommen würden, wenn sie in voller Ruhe die von ihnen alarmierten Truppenteile wieder in die Kasernen zurückführen würden. Demgemäß ist die Verletzung am Durch beteiligter Offiziere auf Grund der militärischen Dienstordnung erfolgt. 22 Offiziere wurden zu Strafen degradiert und in die Reserve versetzt, während 32 Offiziere ausgingen. Der Generalstabchef, General Kubiliunas, der stellvertretende Stabschef Karakas und der stellvertretende Kommandeur des Infanterie-Regiments, Volkiskas, hatten sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Sie wurden zum Tode verurteilt. Der Staatspräsident hat Kubiliunas zu lebenslänglichem Zuchthaus, Volkiskas zu 15 und Karakas zu 12 Jahren Zuchthaus „begnadigt“.

Erhält Leba einen Hafen?

Am östlichen Pomern, nicht weit von der Verfallenen Grenze entfernt, liegt Leba, der natürliche Hafen des Kreises Posenburg, reizend gelegen zwischen dem großen Seebele und dem kleineren Sorbikersee, durch weiße Dünenketten vor dem Einbruch der Offsee geschützt. Eine stille, vergessene Stadt, der einst eine größere Zukunft winkte, als Friedrich der Große sich der vorjünglichen Lage, geeignet für einen Kriegs- und Handelshafen, erinnerte und seinen Minister Brenckhoff beauftragte, den Seebele mit der Ostsee durch einen künstlichen Kanal zu verbinden, um so einen großen Vollhafen zu schaffen, in dem jedes Schiff von der Offsee aus anfuhrbar war. Der Brenckhoffkanal veranbete aber. Dann sank das Städtchen wieder in Vergessenheit zurück. 1853 brannte Leba bis auf wenige Häuser nieder. Nur mäßig konnte damals der preussische Staat bei diesem Unglück helfen, aber die Bürger bauten ihre Stadt wieder auf in einem merkwürdigen hölzerne Stil, den man an dieser Stelle kaum vermuten würde. Noch einmal lenkte es die Aufmerksamkeit auf sich, als der Große General-Hofen im Jahre 1859 oder 1860 unter Führung von Matke die Stadt Leba besuchte, um eventuell dort in Verbindung mit dem Seebele einen Kriegs- und Handelshafen anzulegen. Nach dem Dänischen Kriege wurde dieser Plan aufgegeben.

Die Sibirerlei beherzigt das Erwerbsleben der Stadt. Aber wegen des schlechten Klimas, in dem sich der Verkehr in die Offsee ergibt, war die Posts-, Säuer- und Springsäherlei nur in kleinen Ausmaßen möglich. Die wäsenden Dampfer und die kleinen Schiffe sind der ungenügenden Einfahrt aus Grund. Da wandte sich der Kreis Senzenburg an die preussische Regierung mit einer Bitte um die Erbauung eines Hafens in Leba. Im Jahre 1887 fanden Verhandlungen zwischen der Sadtortretung und den entsandten Regierungskommissionären statt, und es wurde vereinbart, daß in Leba ein kleiner Handelshafen erbaut werden sollte, wenn die Stadtgemeinde Leba als Gegenleistung ein ihr gehörendes umfangreiches Gelände abtreten würde. Die Abtretung geschah im folgenden Jahre. Leider begann damals die Bauzeit, aber es blieb infolge eines unglücklichen Bauplanes nur manchen Selbstlosigkeit. Es wurde daraus nur eine ganz unzulängliche Stromregulation. Nun wurde zwar auf Anregung der Regierung die Hochseefischerlei mit Motorkuttern betrieben, und die Hochseefischerflotte Lebas wuchs auf über 60 Fahrzeuge. Aber infolge der noch abnahnenden Lebens- und vielleicht noch gefahreren Einfahrt liegt die Zahl der Opfer an Menschen und Schiffen immer mehr. Als die Regierung endlich an die lebende Bevölkerung denken wollte, kam der Krieg und die Abtretung des Korridors, der Leba in die unmittelbare Nähe der Grenze brachte. Der vier Jahre langte das Handelsministerium zu, daß wenn der Hafen Reukubers fertiggestellt wäre, man dann auch an Leba denken würde. Nun ist der kolossale Hafen in Reukubers schon lange fertig, aber an Leba wurde bisher nicht gedacht. Die Tot der Bevölkerung ist groß. Jetzt hofft sie, daß im Rahmen der Arbeitsbeschäftigung auch daran gedacht werden möge, Leba einen zwar kleinen, aber sicheren Hafen zu geben.

Aus der Diplomatie.

Der Referent für Rechtsfragen und baltische Staaten in der Ob-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Vortragender Legationsrat von Schack, geht als deutscher Gesandter nach Lita. Der bisherige deutsche Konsent in Lettland, Dr. Martius, wird im Auswärtigen Amt das Referat für Schiffahrtfragen übernehmen. Der Referent für Offfragen in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Legationsrat von Sausen, ist zum deutschen General-Konsul in Wien ernannt worden. Das Offreferat in der Presseabteilung übernimmt Konrad Schuberger, der früher als deutscher Geschäftsträger in Kauen fungiert hatte. Legationsrat von Sausen ist durch seine diplomatische Tätigkeit in der Sowjetunion und als langjähriger Referent für Offfragen in der Presseabteilung der Reichsregierung in den Fragen der östlichen Politik und Wirtschaft bemerkt. Zum Nachfolger des wegen Erreichung der Altersgrenze zurückgetretenen polnischen Vizekonsuls in London Grafen Skirman ist der frühere polnische Konsent in Warschau und ehemalige Finanzminister Stanislaw Wajlowski ernannt worden. Der frühere polnische Konsent in Warschau, Stanislaw Wajlowski, wurde in den polnischen Regionen dem Rang eines Obersten, Marjuszki weit zurück mit seiner Gattin, der früheren Wittelinin in Diskusweren, Ronopacko, in England.

Sammlung frühgeschichtlicher Funde durch den SVD.

Da bei den Erdarbeiten des Arbeitsdienstes immer wieder nord- und frühgeschichtliche Funde getätigt werden, so will der Arbeitsgau VIII (Olmarg) in seiner Trappführerschule Burg-Strandl eine Sammlung vorgeschichtlicher Fundstücke einrichten. Der Arbeitsgau hat sich an Prof. Dr. Unverzagt, den Vertrauensmann für nord- und frühgeschichtliche Beschäftigten in der Provinz Brandenburg mit der Bitte gewandt, ihm Doppelstücke der solche Stücke, die ihrem geringeren Wert entsprechend weniger für Mäusen geeignet sind, für diesen Zweck zu überlassen. Diese Sammlung hat das Ziel, die Unterführer des Arbeitsgaues VIII, die oft auf den Baustellen die Aufsicht führen und demgemäß beim Auftauchen von Funden die erste Verantwortung und Entscheidung haben, in der Behandlung solcher Funde zu schulen.

Canenbergfeier am 26. August.

Am 26. August wird aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Tages, an dem Ostpreußen vom Russeneinfall befreit wurde, unter Leitung des Wehrkreiskommandos I eine Canenbergfeier am Nationaldenkmal bei Hohenselm stattfinden. Neben weiteren Mitgliedern der Reichs- und Staatsregierung werden Reichswaldminister von a. Blomberg und der Chef der Kreisregierung, General Freiherr v. Sellich, an der Feier teilnehmen. Galtreichs Führer aus den Schichten in Ostpreußen, an ihrer Spitze Generalfeldmarschall von Mackensen, werden erwartet. Die Wehrmacht selbst wird durch mehrere ostpreussische Truppenteile und durch eine Sahnkompanie mit dem Sahn der Regimente, die an der Schlacht teilnahmen, vertreten sein. Aus den übrigen Wehrkreisen werden Abordnungen entsandt werden. Durch Beteiligung der Landespolizei, der Frontsoldatenverbände, der nationalsozialistischen Organisationen und nicht zuletzt durch Korpsappelle der ehemaligen 1., 17. und 20. Korps wird der Gedanke zu einer nachfolgenden Erinnerungsfeier werden. Das Lagerprogramm des 26. August wird mit einem Festakt vor dem Nationaldenkmal beginnen. Ostpreussische Truppenteile werden eine Gefehtsübung in der Nähe des Denkmals durchführen, auf demselben Gefechtsfeld, auf dem vor 20 Jahren in der Schlacht bei Canenberg die 3. Rel.-Division siegte. Der Tag wird seinen Ausklang im großen Saalrestaurant finden.

Der Oppener Rathsausturm eingestürzt.

Die Hauptstadt Oberhessens wurde am 15. Juli von einem schweren Unglück betroffen. Wäge Minuten nach 11 Uhr stürzte plötzlich das historische Wahrzeichen der Oppels, der Rathsausturm, in sich zusammen. Glücklicherweise führten die Seilstrassen nicht auf die gegenüberliegenden Häuser. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die bei Erneuerungsarbeiten am Turm beschäftigten Arbeiter wurden rechtzeitig gewarnt und konnten sich in Sicherheit bringen. Der eingestürzte Turm war das Wahrzeichen der Stadt. Ursprünglich aus Holz, später im Fachwerkbau errichtet, erhielt er 1550 eine neue Gestalt, indem man ihn als Wehrbau mit 20 auf 20 Meter im Quadrat im Innern ausbaute. Aus dieser Zeit stammen die Grundmauern, die der Bauwerk jetzt zum Verhängnis werden sollten. 1 1/2 Meter dick waren die im Fundament im gotischen Siedlererbend gebauten Mauern; der viereckige Turm stand in drei Meter Höhe auf antikestem Kalkstein. Als in den Jahren 1818 bis 1820 das Rathaus neu in der noch heute lebenden Form errichtet wurde, wurden auch an dem Turm einige bauliche Veränderungen vorgenommen. Überhaupt war er seit jeder das Schmersenskind der Stadt, 1615 und 1739 bei den großen Feuersbräunen wurde er mehrmals Male durch Blitzschlag ganz oder teilweise des öfteren zerstört. Es ist möglich, daß durch diese Brände das Mauerwerk bereits gelitten hatte. Im Jahre 1863 erhielt der Turm, nachdem er vorher oft schon Aussehen verändert und dem Zeitgeist angepasst hatte, sein jetziges Aussehen. Auf den alten Unterbau lebte man ein Kapitäl, darauf einen sich verjüngenden Keil und als Abschluß die lange Pyramide aus Kalkstein als Wahrzeichen Oberhessens. Unten war der Turm von allen Seiten bebaut. Die Erneuerungsarbeiten der Nationaldenkmal ging man nun daran, einen Keil im Innern zu bauen, der die Häuser abstützen. Dabei zeigte es sich, daß im Laufe der Jahrhunderte die verwendeten Bausteine zum großen Teile so mocht und brüchig geworden waren, daß man sie in der Hand zu Staub zerbröckeln konnte. Als der Turm nun auf drei Seiten freigelegt worden war, zeigten sich bald mehrere Risse im Mauerwerk. Am 14. Juli hatte sich die Lage so gehalten, daß die ganze Nacht hindurch Zimmerleute beschäftigt waren, die Mauern, die jedoch noch unternichtet waren, abstützen. Am 15. Juli, früh, spürte die Gefahr für das erbebende zu sein; aber im Laufe des Nachmittags zeigten die Spinnweben, die man in aller Eile angelegt hatte, neue Risse, so daß gegen 19.30 Uhr die Zimmerleute noch neu mit den Auffüttungsarbeiten begannen. Um 21.08 Uhr erfolgte der Einsturz.

Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

Das „H. Singlager für junge Lehrer“, veranlaßt hat das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, findet vom 27. August bis 2. September 1934 im Volkshochschulheim „Die Wisla“ bei Ragnow, Kreis Vorpommern statt. Die Teilnehmer sind Lehramtskandidaten, die im Laufe des Nachmittags je nach dem Schulort in der Umgebung des Volkshochschul der Gegenwart, des Volksknechts- und Soldatenlieb, Mutzieren mit Janzaren, Mitten und Pankaschmidtstrennen, Feiertagsstimmung, Sprechchor und Spiel, Chorübung. Anfragen und Anmeldungen sind umgehend zu richten an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Straße 120.

Benesch: Ein Mann — ein Wörterbuch.

Vor einiger Zeit erklärte der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch dem Interieur- und der Prager Regierung, daß er immer bemüht gewesen, die korrekten Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten. Mit dieser etwas kühnen Behauptung ist Dr. Benesch ein wenig von der Wahrheit abgewichen, denn es ist nicht anzunehmen, daß ihm, dem einflussreichsten und mächtigsten Manne im tschechoslowakischen Staat, die feinsinnigen Maßnahmen aller tschechoslowakischen Behörden gegen das neue Deutschland und seine Repräsentanten unbekannt geblieben sind. Man wird aber auch nicht behaupten können, die Entschuldigungen tschechoslowakischer Gerichte würden so allgemein gehalten, daß selbst Dr. Benesch den meisten nicht erfaßt und deshalb für der überaus irrgen Meinung kommen muß, daß die Beziehungen der Molbarrepublik zum neuen Deutschen Reich wären korrekt.

Jetzt täglich erheben tschechoslowakische Staatsanwälte gegen Subdenkbeutliche die irgendwelche Beziehungen zur NSDAP, unterhalten, auf dem einen x-beliebigen SZL-Mann handelt, Anklage wegen Hochverrats und Gefährdung der staatlichen Sicherheit. Das verurteilende Urteil zum Schutz einer „Demokratie“, die von ihren geistigen Vätern täglich und stündlich mit Sätzen gezeichnet wird, dieses empirische Gesetz, das auf Wollstiel der überwiegenden Mehrheit des Volkes von marxistischen Hochverrättern und Emigranten ein freudvolles Dasein fihert, hat tausende Subdenkbeutliche, denen das Bekannnis zur deutschen Schicksalsgemeinschaft Lebensgefahr war, in den Kerker gebracht, die Verurteilten des demokratischen Prinzipals überzeugend klargelegt.

Der tschechoslowakische Außenminister hat einmal gesagt, das gegenwärtige Regime in Deutschland bilde für die tschechoslowakische keine Gefahr. Hier hat er anlässlich aus Überzeugung gesprochen, denn er als gewandter „Gesichtstreter“ in „Internationale Interessen“ — so hat der Clogh George ihn genannt — sei zweifellos aus verlässlicher Quelle, daß Deutschland der sicherste Garant für den europäischen Frieden ist und nicht daran denkt, die Interessen anderer Staaten zu verletzen. Aber der Clogh d'Orsay, dem sich Dr. Benesch mit Haut und Haaren verschrieben hat, duldet nicht, daß der tschechoslowakische Außenminister seine Überzeugung in die Tat umsetzt und die politische Verantwortlichkeit gegen das Hitler-Deutschland abbält. Paris befindet und — Drags behauptet.

Die Umkehrte, die während der Wiederkehr des Staatsoberhauptes Molotow mit bombastischen Worten verkündet wurde, ist nichts als eine Grotzke. Alle Strafen für Vergehen, die vor dem 1. Januar 1934 begangen wurden und nicht mehr als einen Monat betragen, wurden aufzuheben. Das Ausland quittierte diesen verführischen Geist mit lobender Anerkennung. Aber ist man sich

darüber schon klar geworden, daß diese Amnestie nur eine Farce ist, der keinerlei praktische Bedeutung zukommt? Monatelang durchwühlten die Angeklagten und Verhaftigten, oft nur unglückliche Opfer teurerdemokratischer Demagogie, in Untersuchungshaft, bevor es überhaupt zu einer Gerichtsverhandlung kam. Die Urteile, die Strafen bis zu einem Monat verhängten, sind an den Fingern abzuzählen, das vielbeliebteste Gesetz zum Schutz der „Demokratie“ derart geringe Strafen nur in vereinzelten Fällen und eine Verurteilungsfrist überhaupt nicht kennt. Aber die tschechoslowakische Justiz weiß auch Unterdrückung zu machen, wenn eine Umgehung der Gesetze den „Interessen“ des Staates dienlich sein kann. Das eigenartige Urteil des Kreisgerichts in Eger, das einen Angeklagten, der verhaftet war, als tschechoslowakischer Staatsbürger der reichsdeutschen SZL angehebt zu haben, mit der Begründung freigesprochen, es habe sich herausgestellt, der Verhaftete sei nur in die SZL eingetreten, um als kommunikativer Spion prädestinierte Arbeit zu leisten, so daß er den tschechoslowakischen Staatsinteressen nicht jünger behandelt habe, dürfte die Behauptungen Benesch's von den „korrekten“ Beziehungen zum Deutschen Reich wirkungslos unterbrechen.

Verwundert weiß Benesch, der auch die Kommunistische Partei in der tschechoslowakischen verurteilt ließ, von diesen Dingen nur wenig, denn die tschechoslowakischen Gerichte liefern auch bei Verurteilungen nicht allzu große Chancen, die Verurteilten zu befreien. Die ersten Schritte der Verteilung hervor, die Beziehungen einzelner Subdenkbeutlichen zu reichsdeutschen Stellen seien nicht haatsgefährlich, denn Benesch habe nach der großen Friedenstische Sitzung erklärt, es gäbe keine Reibungsflächen zwischen dem beiden Staaten und die tschechoslowakische Regierung liege von den friedlichen Absichten des neuen Reiches überzeugt, erklärte der Staatsanwalt, die Diplomatie müsse derart verhalten, daß man ihren Worten kein Vertrauen schenken könne und die Verurteilung des Angeklagten unbedingt erfolgen müsse.

Es ist bedauerlich, daß Dr. Benesch seine Überzeugung in Prag nicht durchsetzen kann und einzelne Regierungsgeschäfte, aufsehend nur aus Eiferlichkeit, seine Erklärungen immer wieder zu widerlegen versuchen. Dr. Benesch erklärt, noch nie bei der Frieden Europas so gestört gewesen, wie gerade jetzt, und im gleichen Augenblick tritt das Nationalverteidigungsministerium vor das Parlament, um einen neuen Rüstungskredit von 4½ Milliarden tschechoslowakischen zu beantragen. Der tschechoslowakische Außenminister unterbreitet unentgeltlich Sicherheitsfragen und die Hauptverantwortung hierfür liegt mit den Stimmern der „deutschen“ Sozialdemokraten der tschechoslowakischen Generalität die geforderten Kredite auszubringen. Benesch ist wirklich in einer schwierigen Situation und — die Beziehungen Drags zum neuen Deutschland sind äußerst „korrekt“. Also sprach Benesch... Wer will das Gegenteil behaupten?
Rudolf Schröder.

Deutsch-ukrainische Wirtschaftsbeziehungen.

Es gab Zeiten, in denen die deutsch-ukrainischen Beziehungen, die im übrigen im ganzen Verlauf der Geschichte überwiegend freundschaftlicher Natur waren, sich ungemessen intensiv und fruchtbringend gestaltet haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß germanische Einflüsse bereits bei der Gründung des Kiewer Reiches im 9. Jahrhundert maßgeblich zur Geltung gekommen waren. Man kann sogar annehmen, daß die westlichen Christen waren jeder Zeiten durchaus nicht immer reine Normannen waren. Schon die Hütios-Chronik bezeichnet die Waräger des östlichen (südlichen) als „Deutsche“. Deutsche Kaufleute waren es auch, die sich eifrig an dem ausgedehnten Orienthandel des 9. und 10. Jahrhunderts beteiligten, der über die altukrainischen Handelsstraßen seinen Weg von Mittelasien und Südosteuropa bis weit hinein in deutsche Lande und über sie hinaus nach Westeuropa nahm. Aus alten deutschen Sollarationen weiß man schon frühzeitig bekannt. Die erste schriftliche Kunde von den Städten der im mittleren Donau kamen, wo insbesondere Regensburg ein wichtiges Handelszentrum war. Hier boten sie Felle, Pelze, Wachs, Pferde und Sklaven feil. Umgekehrt fanden Schmeitler „fränkischer“ Arbeit bei den Kiewer Bojaren so wohl, wie bei den Wendenböckern des Ostens stets Nachfrage. Wie mir fernere Wissen, kamen zu jenen Zeiten nicht nur slavische Händler nach Süddeutschland und Böhmen, sondern auch Niederländer, Engländer, Araber, spanische, von allem also deutsche Kaufleute in Kiew ein, um schon frühzeitig bekannt. Die erste schriftliche Kunde von den Städten der im mittleren Donau kamen, wo insbesondere Regensburg ein wichtiges Handelszentrum war. Hier boten sie Felle, Pelze, Wachs, Pferde und Sklaven feil. Umgekehrt fanden Schmeitler „fränkischer“ Arbeit bei den Kiewer Bojaren so wohl, wie bei den Wendenböckern des Ostens stets Nachfrage. Wie mir fernere Wissen, kamen zu jenen Zeiten nicht nur slavische Händler nach Süddeutschland und Böhmen, sondern auch Niederländer, Engländer, Araber, spanische, von allem also deutsche Kaufleute in Kiew ein, um schon frühzeitig bekannt.

Mit der Vergrößerung des politischen Schermerpunktes des altukrainischen Staatsgebildes von Osten nach Westen, von Kiew nach Halbinsel (im 12. bis 14. Jahrhundert) bahnte sich zweifelslos eine Intensifizierung des Austausches an materiellen, wie an kulturellen Gütern mit Westeuropa an. Es war klar, daß die mit dem Vordringen der Tataren in Osteuropa verbundenen politischen Veränderungen auch eine Verlagerung des bisherigen Orienthandels im Gefolge haben mußten. Als formal unter tatarchischer Oberhoheit lebendes Land kam das ukrainische Halbinsel als natür-

licher Mittler bei der Aufrechterhaltung des Handelsverkehrs zwischen Zentraluropa und den reichen Küstenländern des Schwarzen Meeres und ihrem Hinterland in erster Linie in Frage. Mitteldeutschland und damals vor allem Nürnberg war weiterhin ein Hauptausgangspunkt für den deutschen Osthandel. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurden dann noch Ebern, Rüm, Stralsund und die Niederlassungen des Deutschen Ordens, später auch Danzig zu deutschen Wirtschaftszentren im Weichselbecken. Dortbin garantierte bald der Haupthandelsverkehr aus und über den weiten Raum nördlich des Schwarzen Meeres. Orientwaren, Seide und Gewürze, sowie die Eigenzeugnisse der Ukraine, also junäht Felle und Wachs, wurden in die deutschen Weichselstädte und Ostseehäfen geleitet, so noch zu dem weiter nach Norden, Riga, Stockholm, England und Skandinavien, vertrieben es die deutsche Kaufleute. Die Weg über die deutschen Ostküste und die ukrainische Handelsstraßen vor allem Manufakturwaren und Lachs und — wie in früherer Zeit — Waffen und Eisenwaren. Zur Festlegung ihrer Seelagenen verwendeten die Tataren mit Vorliebe „deutsches Silber“.

Als das galizisch-ukrainische Gebiet in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts an Polen kam und die polnischen Herrscher danach trachteten, die Vorteile des Osthandels in erster Linie den ihnen untertanen Städten, insbesondere Krakau, als Monopol zuzuschreiben, vertrieben es die deutsche Kaufleute. Die Weg über die Ostseehäfen und Bayerns trotzdem immer wieder, ihre Beziehungen zu den ukrainischen Produktions- und Durchzugsgebieten aufrechtzuerhalten. So werden uns im 13.—14. Jahrhundert Warenlager deutscher Kaufleute in Wolodymyr, Lemberg und Lemberg erwähnt. Auch im alten Halbinsel gab es ein „deutsches Tor“, durch das noch die Warentransporte der deutschen Kaufleute ihren Weg nahmen. Der Deutsche Orden, der durch seine Schaffer selbst ukrainische Handel betriebe, hatte in Lemberg und an anderen Orten gleichfalls seinen „Wirt“, also einen Kommissar und Verwalter.

Es versteht sich, daß das Aufblühen des Osthandels bald Scharen deutscher Kolonisten in die Ukraine strömen ließ. Außer in Kiew reichten deutsche Niederlassungen auch in Scholm und Wolodymyr und ins 13. Jahrhundert zurück. Ausgestattet mit weitgehenden Privilegien entließen zahlreiche neue deutsche Siedlungen in den Städten der Ukraine, namentlich in den ukrainischen Gebieten Galizien. Als eine der ersten Städte in der galizischen Ukraine erhielt 1359 Sanok das deutsche Stad-

recht. 1552 war die Lemberger Stadterhaltung fast ganz deutsch und Magdeburger Recht verbreitete sich im 14. und 15. Jahrhundert fast in ganz Galizien, aber auch in Wolynien und Podolien, und dringt gegen Ende des 15. Jahrhunderts bis Kiew vor. Hand in Hand mit dieser ist sozialer, kultureller, wie nationaler Hinstreben für die Entwicklungsgeschichte des ukrainischen Volkes ungemein bedeutsamen Einflüsse ganz ein bestimmter Übergang von der Rural- zur Wirtschaft, eine ferne die Welt weit des alten byzantinischen Maßes und Maßstabs, das das deutsche Recht sich. Zahlreiche damals überkommene Ausdrücke der deutschen Rechts- und Verwaltungsterminologie finden mir heute noch in der ukrainischen Sprache als Fein- und Fremdwörter.

Die ukrainisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen wurden noch reger und ausgeprägter, als nach dem Zerfall des Deutschen Reiches die deutsche Gebiete und Städte Preußens in eine rund 200 Jahre dauernde Abhängigkeit von Polen gelangten. Zu den Zeiten ihrer größten Expansion erstreckte sich der polnische Staatsverband einerseits im Südosten und Osten über ukrainisches Land, das als Kohstofflieferant ungeheure Bedeutung besaß, während andererseits im Norden, vor allem an der Ostsee, die vortreffliche Organisation des deutschen Handels für einen bisher nicht gekannten Großexport zur Verfügung stand. Die Getreide- und Holzexportwirtschaft ist, auf die Umwälzung der Hauptziele des ukrainischen Siedlungsgebietes überhaupt nicht worden war, gab das ideale Hinterland für die Umschlagplätze an der Ostsee ab, wo vor allem Danzig eine führende Stellung einnahm. Dank seiner ihm erteilten Privilegien erlebte diese alte Handelsstadt bis ins 17. Jahrhundert hinein eine ungeheure Blüte. In den Grenzen des ukrainischen Getreideproduktionsgebietes, so an der Wolga im Lemberger Bereich die Wolga, schiffte man die Getreide nach Osten und Westwärts ab. In Wolynien geht das ukrainische Getreide an die Weichsel und auf ihr in Schiffen südwärts, am nach Skandinavien, Schottland, Holland und Flandern, später auch nach Portugal, Spanien, Italien und Nordfrankreich verschickt zu werden. Ebenso wichtig wie der Getreideausfuhr war für Danzig das Holzgeschäft. Im 16. Jahrhundert übernimmt es den ausgebeuteten Holzpflanzen, den Feiler der Wälder zu betreiben hatte. Die mit in die ukrainischen Wälder hinein bis bis Podolien und Kiew reisen Agenten der Danziger Holzmakler. Den Weg über Schiffe nach Mitteldeutschland nahm ein anderer ukrainischer Ausfuhrartikel, das Vieh. Bis ins 18. Jahrhundert hinein war Schmelien Hauptexportmarkt für die ukrainischen Gebiete. Daneben wurden weiterhin Wachs und Fischöl aus der Ukraine exportiert, während der früher recht lebhaftes Holzhandl späterhin sich nur mehr auf Transitaire aus Rußland beschränkte. Aber auch Seide und Gewürze aus dem Orient kamen weiterhin über die Olgangen des ukrainischen Siedlungsgebietes in größeren Mengen herein und wurden nach Mittel- und Westeuropa weitergeleitet.

Den umgekehrten Weg, den der Einfuhr aus oder über deutsche Lande nach der Ukraine nahmen vor allem Lachs, Salz, Honig, Schmalz und flammiges Weizen, Milch, Wollwaren, Eisen (z. B. Wiener Messer), Schußwerk, Heringe, Wein, Bier, Getreide, Luxuswaren u. a. m. Als Mittler fungierten auch da wieder Deutsche. Als Beförderer der Messen in Jaroslaw, Lemberg und Przemyśl finden mir im 16. und 17. Jahrhundert zahlreiche deutsche Kaufleute.

Eine 700-jährige Oberlausitzer Kleinstadt.

Vom 14. bis 16. Juli begann das Städtchen Schönberg in der Oberlausitz sein 700jähriges Jubiläum. Die älteste Urkunde die Schönberg erwähnt, datiert vom 22. September 1233. In dieser Urkunde, die in „Schönberg“ ausgestellt ist, weist der Bischof von Meißen dem Herrn von Schönburg als Erbsitz für Bernsdorf a. d. E. den Kirchengrund mit bestimmten Besitztungen zu. Die Stadt Schönberg mag damals jedoch bereits über die ersten Anfänge hinausgelangt sein, da in der Urkunde ein Pfarrer Heinrich aus Schönberg als Zeuge genannt ist. Die Gründung der Stadt nahm mithin schon einige Jahre früher erfolgt sein.

Seinen Namen hat das Städtchen, das zum Kreis Bautzen gehört, seinen Namen Schönberg erhalten, an dessen Fuß ein Hüchlein, nämlich ein Hüchlein, das als Stein gegündet worden. Und an das Hüchlein schließt sich an, mit denen der Marktplatz angelegt werden ist, lehnt man sich in Bezug auf seine Zukunft großen Hoffnungen hingeegeben zu haben. Diese Hoffnungen sind allerdings im Laufe der sieben Jahrhunderte nicht in Erfüllung gegangen; denn Schönberg ist allerzeit ein idyllisches, traumliches Landschaftchen mit alten Fachwerkhäusern und vielen Giebeln geblieben. Keine der großen Zerkünderungen berührt es; nur eine Kleinbahn verkehrt es mit dem großen Verkehr.

In früheren Jahrhunderten lag Schönberg an der großen Straße, die vom Friedland in Böhmen über Seidenberg nach Görlitz führte. Und damals, als diese Straße eine größere Bedeutung besaß, hat das Städtchen auch eine gewisse Blüte erlebt. Im 15. Jahrhundert hat Schönberg unter den Hussiten schwer zu leiden gehabt. Mehrfach wurde es ausgeplündert und niedergebrannt. Viel genannt wurde es, als es sich 1524 offen vor Petrus Putzers bekannte und dem aus Görlitz

„Dieses wirtschaftliche Bild hat sich in der Folge in seinen Grundzügen nur wenig geändert. Die politische Umgestaltung, die sich im Bereich des ukrainischen Siedlungsgebietes vollzog: der Übergang der polnischen Herrschaft und der Übergang des Hauptteiles der ukrainischen Lande an das russische Reich, sowie der Anheimsfall der meisten ukrainischen Gebiete an Österreich, haben wohl auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu mancher Änderung mit sich gebracht, aber den wirtschaftlichen Grundcharakter der ukrainischen Wirtschaft nicht wesentlich verändert. Die ukrainische Wirtschaft zu verändern vermochte, nur weiterhin die Ukraine als Kohstofflieferant eine wichtige Bedeutung für die deutschen Verbrauchsgebiete in Mitteleuropa, ob sie jetzt zu Deutschland oder zu Österreich gehörten. Landwirtschaftliche Produkte, Getreide, Vieh, Holz u. dgl. fanden ihren Weg aus der ukrainischen, wie aus der russischen Ukraine zu den Verbrauchsräumen in den Industriegebieten Deutschlands und Ost-Österreichs. Und wenn sich fast fastlich die umgebaren Getreide- und Viehtransporte, und wenn sich fast fastlich aus dem ukrainischen Siedlungsgebiet nach und über Deutschland fanden, immer erfüllen lassen, so gibt der nicht mit Unrecht so genannte „Brotfriede“ von Brot-Pitomsk zwischen den Zentralmächten und der Ukraine immerhin einen deutlichen Hinweis auf die eminente Wichtigkeit dieses wirtschaftlichen Aufeinanderangemeinlebens.

So immer noch des jahrelängig aus fehlenden läßt, verteilte sich das deutsch-ukrainische Zusammenleben in wirtschaftlicher Hinsicht überdies noch in einer gewaltigen Reihe anderer Belange. Mit der Erschließung wertvoller Kohstoff auf ukrainischem Territorium, so etwa der Erdölagerstätten in Galizien, der Erzkorkommen in der Südkarpaten (Krywji Rih) und der gemaltenen Kohlenflüsse in ukrainischen Bergbauern ergaben sich weitere bedeutsame wirtschaftliche Wechselbeziehungen. Deutsche Kapitalien, die damals vor allem an dem Abbau der galizischen Erzkorkommen und Holzreichtümer Anteil. Deutscher Unternehmungsgeist, deutsche Ingenieur- und Techniker, deutsche Gewinnungsmethoden wurden in die galizisch-ukrainischen, wie in die russisch-ukrainischen Bergbaubetriebe in großem Maßstabe verpflanzt. Die vorbildlichen Erfolge der deutschen Maschinenindustrie öffneten dieser aber auch den Eingang nach Südwesten und aber Südwesten ukrainischen Bauernmärkten. Von Jahr zu Jahr liegt der westliche Teil des 19. Jahrhunderts die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen und Gerätschaften aus Deutschland in die werten Getreidegebiete der Ukraine.

Der Weltkrieg und in seiner Folge die Aufstellung des ukrainischen Siedlungsgebietes unter vier verschiedene politische Einheiten: die Sowjetunion, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei, hat so manche im Laufe der Jahrzehnte angebaute deutsch-ukrainische Wirtschaftsbeziehungen empfindlich gestört oder ganz zum Erliegen gebracht. In Rücksicht auf die politisch und sozial oft sehr weitgehend geänderten Verhältnisse sieht sich der deutsch-ukrainische Handel von heute vor neue Wege, vor neue Formen gezwungen. In seinen Grundlagen aber hat die wirtschaftliche Struktur der Ukraine, die in der europäischen Raumes nicht in dem Maße umgewandelt, als daß nicht in vielfach modifizierter und den neuen Verhältnissen angepaßter Form weiterhin ein lebhafter Güterausfluß stattfinden würde. Nach wie vor ist die wirtschaftsgeographische Lage des ukrainischen Produktions- und deutschen Verbrauchsgebietes eine solche, daß die ukrainischen Kohstoffe das nächste und dankbarste Absatzgebiet in den deutschen Landen und daß deutsche Fertigerwaren, deutsche technische und chemische Produkte in seiner Aufnahmefähigkeit noch längst nicht voll erschöpfen. Absatzgebiet in der Ukraine zu suchen haben.

Dr. J. C. F. J.

vertriebenen Reformator Benedikt Jischer Zuflucht bot. Handel und Wandel gelangten in den folgenden Jahrzehnten zur Ruh. Aber der Weltkrieg brachte die Kleinstadt in einen dermaßen darrischen wirtschaftlichen Aufstieg vernichtet. Die Verfolgungen der Protestanten brachten der Stadt neue Bürger. Die Zunahme wurde noch durch ein Privileg gefördert. Zum überwiegenden Teile waren es Leinweber oder Schärer, wie man sie hier nannte. Diese Jünger wirkten u. a. ein neuartiges Tuch, das man besonders zu Decken, Kästen, Matrasen usw. verwendete. Das „Schönberger Zeug“, wie man es nach seinem Ursprungsort bezeichnete, machte das Städtchen wieder bekannt. Im Jahre 1700 hatte die Kleinstadt schon 1000 Einwohner. So allmählich wuchs die Kleinstadt und blühte wieder lebend geworden sein. Das Wasser ließ sich auch besonders gegen Hautkrankheiten, Scharlach und Augenleiden gekehrt haben. Noch heute ist ein „Pavillon“, der über dem Brunnen errichtet wurde, an der Straße nach Radmeritz zu sehen. Noch bis zum Weltkrieg kamen Kurgäste nach der Stadt. Doch das „Schönberger Wasser“, das auch auf Flaschen gefüllt und verkauft wurde, konnte wohl modernen wissenschaftlichen Anforderungen nicht mehr genügen. So ist es wieder still geworden in Schönberg: ein Jügel von Anmut und Besinnlichkeit.

Die Verteidigung des Klosters Labischin 1794.

1794. — In dem durch zwei Coalitionen zusammengebrachten Welt der polnischen Republik waren die Polen über die Russen hergefallen und hatten sie aus Warschau geworfen, Kosciuszko hatte ein Heer angeführt, das nun in Ostpreußen neuen Vordrängen übergriffen. Mit der Karolinen kam sie an der Bura und Kamka hatten die preussischen Polierungen einen schweren Stand gegen die polnischen Schwärme. Das gegen Warschau angelegte vereinigte preussisch-litauische Heer unter dem persönlichen Oberfeldzug König Friedrich Wilhelm II. hatte keinen Erfolg. Schon giengen in Südpreußen, der späteren Provinz Polen, die Kämpfe der Polen vor sich. Schon drohte die Besetzung Dombrowski von seinem Generalissimo in Warschau dem Befehl, mit einem Streikkorps in Südpreußen einzufallen und damit den Aufstand in preussisches Gebiet hinduzutragen. Mit 2000 Mann Infanterie und Kavallerie und 12 Geschützen marschierte Dombrowski ab, sich unangekündigt durch die lockeren preussischen Postierungen und überbricht am 13. September bei Kamionka an der Weichsel die Bura. Er nahm mehrere preussische Magazine fort und vereinigte sich mit dem Streikkorps des Kavalleriegenerals Madalinski, der von Norden her über die Weichsel gegangen war.

Während die preussische Armee, 15000 Mann stark, nach der Abreise des Königs langsam hinter den Südküsten „abgerückert“ und der Generalmajor v. Schömerin, welcher Dombrowski am nächsten stand, entlastet werden angriffen, hinter die Warthe bis Köslitz und Lobau auf die Stellung Polen zurückging, rückten die 4000 Polen über Kolo und Koinn auf Guelen vor und zogen auf dem Vormarsch noch etwa 3—4000, allerdings schlechtbewaffnete Jungmänner an sich. Die stark besetzte Stellung Polen angriffen, ließen sich Dombrowski zumal in seinem Rücken ein neuer, aber wesentlich schwächerer Gegner aufsuchte. Der preussische Dularrenschiff v. Sekulski war mit dem Infanteriebattalion Finrichs und dem Depotbattalion Witten, sowie mit drei Dularrenschiffen von Velsau (Wieliczka) an der Weichsel bis nach Hebenhaja zur Deckung der wertvollen Bromberger Magazine vorgedrückt.

Racz entschlossen sahte Dombrowski den Plan, sich in den Besitz Bromberg's, einer Centralstelle der preussischen Landesbehörden mit gefüllten Kassen und Magazinen, zu setzen. Mit 200 Pferden ließ er so geschickt vor Polen demonstrieren, daß drei Tage lang der General v. Schömerin glaubte, es mit einem ganzen polnischen Korps von 10000 Mann zu tun zu haben. Inzwischen hatte die Kavallerie Madalinski längs der Vornarsch auf Bromberg angetreten. Aber auch Sekulski war nicht müßig geblieben. Von Hebenhaja aus hatte er den Leutnant Beyer vom Bataillon v. Finrichs mit 40 Jüselierern und 10 Husaren nach dem drei Meilen entfernten, am linken Reiterufer gelegenen Labischin als Vorposten vorgeschoben, desgleichen ein anderes Detachement zum selben Zweck nach Bartischin entsandt. In der Nacht vom 25. zum 26. September rückte Beyer in Labischin ein.

Auf dem rechten Ufer der Weichsel bot das feste Kloster einen guten Stützpunkt und überdies bildete dort der Zufluß ein Hindernis für Mann und Pferd. Das Kloster lag isolirt, ließ sich leicht absperrten und die geringe Kopfzahl des Postens ließ sich dort besser verbergen als in der Stadt. Die polnisch gestimmte Geistlichkeit durfte, um die Schwärme und die Schanzarbeiten der Preußen nicht zu verzögern, von Stunde an das Kloster nicht mehr verlassen. Am Morgen des 26. September setzte Beyer Vorposten aus und trieb Kavallerieaufklärungen. Er erfuhr schon am nächsten Tage, daß der Feind auf Labischin rückte, aber 8 Meilen entfernt sei. So fertigt seinen Husaren mit dieser Meldung an Sekulski ab. Und in der folgenden Nacht vom 27. zum 28. September erhielt er durch seine Kundschafter die sichere Nachricht, daß Dombrowski über Labischin nach Bromberg zu marschieren, Sekulski anzugreifen und zu vernichten gedanke. Diese wichtige Meldung wurde von Beyer sofort an Sekulski weitergeleitet. Sekulski indessen nahm die Nachricht nicht ernst. Nicht nur, daß er nichts zur Unterstützung seines vorgeschobenen Postens in Labischin unternehmen, sondern er glaubte ebendort noch, Beyer gegen seiner „kollektiven“ Aufstellungen, wegen seiner Reichthümlichkeit und Viehzahlbarkeit Vorposten machen zu müssen. Sekulski hatte sich durch einen Juden, den er als Spion erwarnte, hinters Licht führen lassen.

Leutnant Beyer ließ sich dadurch nicht beirren. Er tat etwas, was damals in der Armee, zumal bei einem einfachen Leutnant, durchaus nicht üblich war; er handelte auf eigene Faust. Er mandte sich direkt an die Behörden in Bromberg, ließ ihnen seine Erklärungen über den polnischen Anmarsch einbringen, stellen sie ein, schloßamtlich Sicherheitsmaßnahme zu treffen. Und wirklich wurden durch dieses persönliche Eingreifen Beyers die königlichen Kassen und nicht bloß Papiere gerettet.

In Labischin hatte unterdeß Leutnant Beyer alle Hebel der Bewegung gefestigt, um sein Jenseitiger eine Stellung zu machen. Unter allen Umständen wollte er sich so lange halten, bis entweder Entschloß käme oder der sich noch eine trügerischer Sicherheit hingebende Sekulski Zeit fand, die Stadt Bromberg zur Verteidigung vorzubereiten. Das Kloster, mäßig und von einer Kirchhofsmauer umgeben, lag auf einer Anhöhe hart an der Weichsel, die unmittelbar hin und der Stadt durch bräuniges Wiesengelände floß. Die einzige Brücke wurde zerstört. Eine Jurt, die ebenfalls das Kloster mit der Stadt verband, wurde durch eiserne Eggen und andere Hindernisse ungangbar gemacht. Die Jurt konnte von der Kirchhofsmauer aus gut unter Feuer genommen werden. Durch Erdaufräumer, Mauerdämme, Holzgerüste und Schießscharten wurde die Mauer zur Verteidigung eingerichtet. Am dem Feind zu nähern, hatte man in der Stadt durch Silbste requiriert, die, in der Form von Kolbatenbüchsen gezogen, auf dem Mauerwerk angebracht wurden. Inzwischen diesen Arttruppen waren die Jüseliere verteilt. Als letzter Luftschuß wurde die besonders feste Klosterkirche in Aussicht genommen.

Am 29. September gegen 10.30 Uhr vormittags brach polnisches Fußvolk mit großem Geschrei aus dem Waldlande jenseits der Stadt hervor, und entwickelte sich aus den Häusern heraus am linken Reiterufer zu beiden Seiten der Brücke. Dort stakete der Vornarsch. Die Polen waren etwa zwei Kompagnien stark. Es handelte sich hauptsächlich um reguläre Kavallerie, abgetheilt, vrittende Jäger. Ein Ermpeter schwannte durch die Weichsel und forderte als Parlamentär im Namen Dombrowski die Preußen zur Übergabe auf. Er erhielt eine abschlägige Antwort. Dann verließen die Polen den Übergang über die Jurt. Zwei Offiziere und 40 Mann lösten auf, je zwei auf einem Pferde. In den in der Jurt verankerten Hindernissen fürzten die Pferde. Dajwinski proffelte ein maßlosgeladtes Schußpulver der Preußen. Die beiden Offiziere und mehrere Jäger fielen, der Rest rettete sich aus Labischin Ufer zurück.

Als nun eine Pause im Angriff eintrat, bot Madalinski durch einen zweiten Parlamentär dem preussischen Detachement freien Abzug. Leutnant Beyer aber, dem es gerade darauf ankam, den weiteren Vornarsch des Feindes nach Bromberg möglichst lange aufzuhalten, ließ dem General zurückdehnen, daß „er lieber für König und Vaterland sterben, als ohne Rot auch nur einen Schritt zurückweichen würde“. Darauf fuhren die Polen zwei Kanonen auf und legten in kurzer Zeit den größten Teil der Friedhofsmauer in Trümmer. Während der Beschickung hatte man auf der Labischiner Seite Räume zusammengebracht. Auf ihnen letzten polnische Aufständische über die, mit Äxten bemannet und mit großem Stimmgeschrei, gegen das Kloster vorgehen und dem Preußen zuhören, sich zu ergeben, sonst würde man sie ohne Pardon mit ihren Äxten in Stücke zerhacken. Als aber drei der Schriener in einer Salve der preussischen Jüseliere zusammenbrachen, stoben die übrigen in wilder Flucht auseinander.

Währenddessen hatten die polnischen Jäger die Brücke wieder gangbar gemacht und schickten sich nun an, unter dem Schutze eines lebhaften Infanterie- und Artilleriefeuers die Weichsel zu überschreiten. Hinter Jägern in Schützenchwärmen rückten dicht geflossene Kolonnen gegen das Kloster vor, ansetzt durch eine Umgebung den preussischen Widerstand zu verzetteln. In dem höchstgelegenen Hofen der Anstalt lag der Feind. Reihenweise blieben sie liegen. Hierbei fiel der Artilleriegenerals Desjankin.

Aber schon war die Handvoll der Verteidiger auf die Hälfte geschnitten, ihre Munition war so gut wie verfallen. Den durch die Weichsel in der Kirchhofsmauer in Scharen Einbringenden konnten sie im Handgemenge keinen Widerstand leisten. Leutnant Beyer raffte den Rest seiner Leute zusammen und zog sich in die Kirche zurück. Die Türen wurden verrammelt und hinter dem Hochaltar

Glückliche Wünsche für Mutter und Kind!
Sofort eine Spendenkarte



